

Richard Münch

DAS REGIME

DES PLURALISMUS

Zivilgesellschaft im Kontext
der Globalisierung

campus

Das Regime des Pluralismus

Richard Münch lehrt Soziologie an der Universität Bamberg.

© Campus Verlag GmbH

Richard Münch

Das Regime des Pluralismus

Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierung

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-39299-8

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

- Vorwort..... 7

- Einleitung: Pluralismus der Zivilgesellschaft,
Individualisierung der Identitäten in Europa..... 8
 - 1. Annäherung der Nationen durch ihre innere
Pluralisierung..... 9
 - 2. Annäherung der Personen durch ihre
Individualisierung 15

- 1. Religiöse Pluralität im nationalen Verfassungsstaat 25
 - 1.1 Gewaltmonopol, Nationalstaat und Volkssouveränität 27
 - 1.2 Verfassung als Zivilreligion der staatlich organisierten
Politik..... 41

- 2. Republikanismus versus Verfassungspatriotismus:
Frankreich und Deutschland auf dem Weg zum
Pluralismus?..... 55
 - 2.1 Republikanismus und Verfassungspatriotismus vor
den Herausforderungen des Pluralismus..... 58
 - 2.2 Der Kult der Nation im Geist des Republikanismus 66
 - 2.3 Räsonnierende Zivilgesellschaft und staatlich
geförderter Korporatismus 75

- 3. Von der *Commercial Society* zur *Civil Society*:
Großbritannien als historisches Modell..... 88
 - 3.1 Vereinigung in der *Commercial Society* 88
 - 3.2 Die Verankerung der Regierung in der
Zivilgesellschaft 102

4. Kompetitiver Voluntarismus: Die USA als Modell.....	113
4.1 Der Pluralismus der freiwilligen Vereinigungen.....	114
4.2 Vom Pluralismus zum Multikulturalismus: Der verlorene Gemeinsinn	126
5. Pluralismus und Individualismus als europäische Zivilreligion	141
5.1 Die Zivilreligion der modernen Gesellschaft	143
5.2 Die Zivilreligion der europäischen Gesellschaft	153
Schlussbetrachtung: Pluralismus der Zivilgesellschaft, Individualisierung der Weltbürger.....	167
Literatur.....	172
Personenregister	191
Sachregister.....	197
Veröffentlichungsnachweise.....	203

Vorwort

Bücher können auf ganz unterschiedliche Weise entstehen. Bei diesem Buch war es so, dass ich im Sommer 2002 damit begonnen habe, an einer vergleichenden Studie zur Zivilgesellschaft im globalen Kontext zu arbeiten. Einladungen zu Vorträgen und Beiträgen zu Sammelbänden bringen es mit sich, dass man immer wieder von der Arbeit an solchen Langzeitprojekten abgehalten wird. Sie würden nie zu einem Ende gelangen, wenn es nicht möglich wäre, Teile davon vorzeitig bei solchen Anlässen zu veröffentlichen. Es ist auch für die Arbeit an den Langzeitprojekten hilfreich, Teilergebnisse zur Diskussion zu stellen und nicht Jahre verstreichen zu lassen, bis man sich damit zu Wort meldet. Deshalb ist es auch sinnvoll, nicht nur auf Anfragen vorzeitig Teilergebnisse zu veröffentlichen, sondern solche Gelegenheiten auch aktiv durch die Publikation in Fachzeitschriften zu suchen. So hat es sich ergeben, dass im Laufe der acht Jahre der Arbeit an der hier vorgelegten Studie alle einzelnen Kapitel zumindest in etwas kürzeren Vorfassungen schon erschienen sind, allerdings weit verstreut und deshalb in ihrem inneren Zusammenhang nicht erfassbar. Umso dankbarer bin ich Adalbert Hepp und Petra Zimlich vom Campus Verlag, dass Sie mir die Gelegenheit geboten haben, die Einzelteile dieser Studie wieder zusammenzuführen und als Buch zu veröffentlichen. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Doktorandinnen und Doktoranden danken, die mir eine Vielzahl von Anregungen gegeben haben. Mein herzlicher Dank gilt auch Brigitte Münzel, Margrit Seuling und Lisa Suckert für ihre Unterstützung bei der editorischen Arbeit.

Bamberg, im Juni 2010

Richard Münch

Einleitung: Pluralisierung der Zivilgesellschaft, Individualisierung der Identitäten in Europa

Die Herausbildung einer von den Bürgern der Europäischen Union empfundenen europäischen Identität muss in den Kontext der zwei entgegengesetzten Kräfte der nationalen Beharrung und der über Europa hinausgehenden globalen Öffnung gestellt werden. Die Beharrungskraft der nationalen Identitäten wird durch die Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrs im europäischen Binnenmarkt und im liberalisierten Weltmarkt geschwächt, ohne dass allerdings die nationalen Identitäten von einer starken europäischen Kollektividentität aufgesogen werden. Die Europäisierung der Identität der Unionsbürger ist vielmehr ein Prozess, in dem die Unterschiede zwischen den Nationen abgebaut werden, während sich gleichzeitig die Unterschiede innerhalb der Nationen vergrößern. Äußere Angleichung und innere Pluralisierung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dieser Prozess reicht über die Grenzen Europas hinaus und bewirkt, dass die Annäherung zwischen den europäischen Nationen nicht mit einer Abgrenzung von den Nationen außerhalb Europas einhergeht, sondern sogar mit einer zusätzlichen Angleichung der Europäer an die Nicht-Europäer im Rahmen einer einheitlichen, gleichwohl pluralistischen Weltkultur. Die Besonderheit dieses weltweiten Pluralismus besteht darin, dass er tendenziell nicht Nationen voneinander trennt, sondern quer zu den Nationen verläuft. Gleichzeitig wird ein immer größerer Teil der Pluralität für die einzelnen Individuen verfügbar, so dass sich die Spielräume ihrer Selbstentfaltung und Individualisierung vergrößern. Die Bürger Europas kommen sich insofern durch ihre Emanzipation von nationalen Identitäten und ihre entsprechende Individualisierung näher, was sie aber nicht exklusiv miteinander verbindet, weil sie sich gleichzeitig auch den Nicht-Europäern durch Individualisierung öffnen. Dieser Prozess der nur schwachen europäischen Identitätsbildung im Kontext einer wachsenden Pluralisierung und damit korrespondierenden Individualisierung von Identitäten soll im Folgenden untersucht werden.

1. Annäherung der Nationen durch ihre innere Pluralisierung

Die Pluralisierung der Identitäten wird in konkreten Projekten der zivilgesellschaftlichen Assoziation vorangetrieben, weil Identitätsbildung eine Sache der konkreten Interaktion und Vereinigung zwischen Akteuren ist. Das gilt für die Herausbildung kollektiver Identitäten und korrespondierend dazu für die Entwicklung persönlicher Identitäten. Die Identitäten verändern sich mit den Strukturen der Zivilgesellschaft. Einerseits pluralisiert sich die Identität nationaler Kollektive durch die Zunahme grenzüberschreitender Aktivitäten, auf der anderen Seite individualisiert sich die persönliche Identität der einzelnen Bürger in dem Maße, in dem ihnen eine größere Zahl von Vereinigungen mit größerer Reichweite offen stehen. Identitätsbildung und zivilgesellschaftliche Vereinigung müssen deshalb in ihrem Zusammenhang miteinander untersucht werden.

Europa ist ein politisch induziertes Projekt der europäischen Integration, das mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion seinen bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die weitere Entwicklung wird vorrangig von der Erweiterung des Binnenmarktes nach Ostmitteleuropa und von der Erweiterung des Euro-Raumes geprägt. Über die ökonomische Integration hinausreichende Projekte der politischen Integration – etwa in Gestalt einer Föderation – sind höchst umstritten und auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Der deutsche Traum vom föderalen europäischen Bundesstaat stößt insbesondere in Frankreich und erst recht in Großbritannien auf größte Skepsis, weil dieses Modell grundsätzlich nicht mit den dort historisch gewachsenen Vorstellungen über eine funktionsfähige politische Einheit vereinbar ist (Fischer 2000; Fischer/Chevenement 2000; Blair 2000; Le Monde 2000; Times 2000; Védrine 2000). Da indessen die Kongruenz von Ökonomie, Staat und Nation vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der europäischen Wohlfahrtsstaaten weithin als Erfolgsbedingung für soziale Integration betrachtet wird, herrscht in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union eine gewisse Ratlosigkeit und Skepsis. Es wird befürchtet, dass der ökonomische Erfolg mit einem erheblichen Maß der wohlfahrtsstaatlichen Desintegration ohne Kompensation auf der europäischen Ebene bezahlt werden muss.

Immerhin hat es Ernst Haas (1958) schon sehr früh gewagt, zu prognostizieren, dass die ökonomische Integration durch *spillover*-Effekte zwangsläufig die politische, soziale und kulturelle Integration nach sich

ziehen werde. Dieser so genannte neofunktionalistische Integrationsansatz ist vor allem mit dem Argument heftig kritisiert worden, dass er das Interesse der nationalen Regierungen an der Erhaltung ihrer Macht und die Beharrungskraft der Nationen unterschätze (Taylor 1982; Moravcsik 1991). Dieser Aspekt ist vom Ansatz des Intergouvernementalismus in den Vordergrund gerückt worden (Nye 1965; Hoffmann 1966; Haas 1975).

Bei der Beurteilung der neofunktionalistischen *spillover*-These bleibt leider in der Regel völlig unspezifiziert, über welchen Zeitraum und über welche Qualität des *spillover* gesprochen wird. Setzt man den Zeitraum relativ kurz an und erwartet man die Nachbildung der politischen Strukturen, des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und der starken kollektiven Identität – etwa gemessen am Nationalstolz – der nationalen Repräsentativdemokratien, dann wird man sehr leicht zu einem negativen Urteil über die Bestätigung der *spillover*-These durch die reale Entwicklung gelangen. Völlig anders sieht es jedoch aus, je länger der betrachtete Zeitraum ist und je weniger eine getreue Nachbildung der nationalstaatlichen Repräsentativdemokratien erwartet wird. Aus einer solchen Perspektive muss man zunächst feststellen, dass die These von der verweigerten Machtabtretung der nationalen Regierungen an sich angesichts der Einführung des qualifizierten Mehrheitsentscheids in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 eher widerlegt ist. Für einen souveränen Nationalstaat bzw. dessen Regierung kann es durchaus rational im Sinne des Machterhalts sein, sich auf eine supranationale Zusammenlegung von Ressourcen und damit auf die Abtretung von unmittelbarer Macht an supranationale Institutionen einzulassen, wenn dadurch Wohlstandssteigerungen und mehr supranationale politische Gestaltungskraft nach innen und außen erreicht wird. In dem der »liberale Intergouvernementalismus« dieser Nutzensteigerung durch supranationale Institutionenbildung Rechnung trägt, nähert er sich wieder dem Neofunktionalismus an (Moravcsik 1993; 1998).

Der Prozess der europäischen Rechtssetzung hat insbesondere seit der Einheitlichen Europäischen Akte in einem Umfang Fortschritte gemacht, dass zumindest im Bereich des Wirtschaftsrechts von einem weitgehend einheitlichen europäischen Recht gesprochen werden kann, das außerdem in andere Rechtsgebiete ausstrahlt (Cappelletti/Secombe/Weiler 1986; Green/Hartley/Usher 1991; Weatherill 1995; Weiler 1999: 3–101). Das ist ganz ohne Zweifel ein beträchtlicher *spillover*-Effekt. Es ist deshalb kein Wunder, dass die neofunktionalistische Integrationstheorie nach einer längeren Zeit der fortschreitenden Integration wieder salonfähig geworden ist

(Mattli 1999: 23–28). Man sollte deshalb darüber nachdenken, welche *spillover*-Effekte die ökonomische Integration auf die nationalen Zusammengehörigkeitsgefühle, Identitäten und Zivilgesellschaften hat. Auch hier kann die These von der Beharrungskraft der Nationen (*enduring nations*) bezweifelt werden (Zetterholm 1994).

Der Binnenmarkt verringert die Distanzen zwischen den Nationen durch den Abbau aller Hindernisse für den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr. Es teilen sich jetzt Menschen denselben Wirtschaftsraum, die vorher durch Schranken voneinander ferngehalten wurden. Es vermehren sich die grenzüberschreitenden Interdependenzen und Beziehungen. Im Sinne von Durkheim (1977: 296–323) nimmt die materielle Dichte zu, das heißt die Zahl der Menschen innerhalb ein und desselben Raums ohne innere Grenzen. Es wächst auch die dynamische Dichte, das heißt die Zahl der Interdependenzen. Ebenso ergibt sich eine Zunahme der moralischen Dichte, das heißt der Zahl der sozialen Beziehungen. Es verschärft sich dadurch die Konkurrenz, die um so mehr zur Spezialisierung zwingt, je weniger Gewaltanwendung zwecks Beherrschung von Konkurrenten, Auswanderung oder Resignation als wählbare Strategien offen stehen. Mit der Spezialisierung geht dann eine immer größere Dichte grenzüberschreitender Beziehungen des Handels und der Arbeitsteilung einher. Gleichzeitig nimmt die innere Differenzierung der Nationen infolge der immer weiteren Spezialisierung und feineren Verzweigung der Arbeitsteilung zu. Die Struktur der Erwerbstätigkeit wird immer vielfältiger, alte Tätigkeiten in der industriellen Produktion verschwinden durch technische Rationalisierung, gleichzeitig entsteht ein immer differenzierteres Muster von Tätigkeiten in Industrie, Handel und Dienstleistungen. Ebenso differenziert sich der Rhythmus der Arbeitszeiten. Die Vertragsformen vervielfältigen sich; das Vollzeitnormalarbeitsverhältnis gilt nur noch für einen Kern der Erwerbstätigen; Betriebsmitgliedschaften, Job, Wohnort, Partnerschaften, Konfessionszugehörigkeiten, Parteipräferenzen und Lebensstile werden häufiger gewechselt (Zillian/Flecker 1998). Diese Pluralisierung und Individualisierung der Lebensverhältnisse tritt in allen Mitgliedstaaten ein, und zwar umso tiefgreifender, je mehr sie in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr inkludiert sind. Die Nationen verlieren dadurch ein erhebliches Maß ihrer Homogenität und kollektiven Identität, und zwar ganz klar als Folge ihrer Durchdringung durch den Binnenmarkt. Ein *spillover*-Effekt vom Binnenmarkt auf die Struktur und kollektive Identität der Nationen ist demnach unzweifelhaft zu verzeichnen (Kaelble 1997).

Die Nationen gleichen sich durch ihre innere Pluralisierung an. Damit einher geht eine nationenübergreifende Standardisierung der Lebensverhältnisse. Es ist eine Standardisierung in der Pluralisierung zu beobachten. Es nimmt beispielsweise die Vielfalt der in einer Stadt angebotenen Küchen unterschiedlicher nationaler Herkunft zu, gleichzeitig werden die Speisen in einer standardisierten Form angeboten, so dass in der ganzen Welt das Essen beim Italiener, Griechen, Türken oder Chinesen ein und dasselbe ist. Wer zum Essen ausgeht, hat überall in der Welt eine größere Auswahl aus unterschiedlichen nationalen Küchen als zuvor, das Angebotene ist aber tendenziell überall dasselbe. Im gleichen Zuge verlieren die heimischen Küchen ihren für die kollektive Identität prägenden Charakter. Auch in die Küchen der einzelnen Haushalte ziehen über das immer vielfältigere Angebot an Kochbüchern die unterschiedlichsten Esskulturen in standardisierter Form ein. Über eine gemeinsame Esskultur können deshalb Kollektividentitäten kaum noch identifiziert werden. Wegen der starken regionalen Differenzierung der Esskulturen handelt es sich hier um einen Wandel, der weniger die nationalen und mehr die subnationalen regionalen Identitäten betrifft. Da jedoch im Außenverkehr spezifische regionale Esskulturen als Repräsentanten der nationalen Kultur dienen, ist dieser Wandel auch für die nationale Identität relevant.

Nach oben handelt es sich hier um einen Prozess, der über Europa hinausgeht und weltweit wirksam ist. In vollkommen standardisierter Form äußert er sich in den *fast-food*-Ketten, die dem von McDonald's eingeführten Muster folgen. Ein anderes Beispiel sind Jugendkulturen. Sie haben sich überall in der Welt vervielfältigt, sind aber an jedem Ort der Welt fast dieselben mit entsprechenden Kleiderordnungen und Verhaltensmustern (Ueltzhöffer 1999). Dasselbe gilt für die Freizeitkulturen. Theater, Musical, Film, Konzerte, Raves, Erlebnisparks, Fernsehen, Sport vom Krafttraining zu Mountainbike, Rollerblade, Tennis, Squash oder Golf bilden grenzenlos das gleiche vervielfältigte Angebot. Auch die Freizeitkulturen taugen nicht mehr für die Kennzeichnung nationaler Kollektividentitäten.

Die Angleichung durch Pluralisierung reicht ebenso tief in die Arbeitswelt hinein. Technische Rationalisierungsprozesse, zunehmende Direktinvestitionen im Ausland mit entsprechenden Produktions- und Vertriebs-einheiten, die Globalisierung des Diskurses über Managementstile, multi-nationales Führungspersonal, rascher Strukturwandel, Differenzierung der Beschäftigungsstruktur und *business reengineering* sorgen überall in der Welt für eine Standardisierung der Organisationsstrukturen und -kulturen.

Gleichzeitig haben sich die Verhältnisse intern erheblich differenziert. Die Wirtschaft eines Landes wird nicht mehr durch eine dominante Industriestruktur mit spezifischen Branchen repräsentiert, sondern wird durch das Aufkommen neuer Industrien und Dienstleistungen (Biotechnologie, Software, Finanzdienstleistungen, Information und Kommunikation) pluralisiert. Dasselbe gilt für die Struktur der Erwerbstätigkeiten, die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse und die Struktur der Arbeitsbeziehungen. Die industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf betrieblicher, sektoraler und dachverbandlicher Ebene weisen in jedem Land eine historisch gewachsene, identitätsprägende Struktur auf. Auch diese nationalen Identitätsmerkmale verblassen in zunehmendem Maße, indem sich in jedem Land ein Trend zur Schwächung der Gewerkschaften mit Mitgliederverlust, zur Dezentralisierung der Verhandlungen mit Verlagerung auf die betriebliche Ebene und zur Flexibilisierung von Tarifabschlüssen eingestellt hat. Die Angleichung zwischen Nationen durch Pluralisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse wird in der einschlägigen Literatur als »desorganisierter Kapitalismus« oder als »Neovoltarismus« beschrieben (Lash und Urry 1987; Streeck 1996).

Das religiöse Bekenntnis ist im europäischen Staatsbildungsprozess nach dem Prinzip *cuius regio, eius religio* zu einem bestimmenden Merkmal der kollektiven Identität der Nationen geworden (Schilling 1991). Nationen mit Konfessionsspaltungen hatten erhebliche Probleme bei der Bewältigung der damit verbundenen Spannungen. Großbritannien hat dieses Problem in Nordirland bis heute noch nicht lösen können. Das ist aber auf lange Sicht gesehen eine Ausnahme. Die lange Sicht sagt, dass sich konfessionell unterschiedliche Nationen durch Säkularisierung, Bedeutungsverlust der großen Kirchen für die Lebensführung und religiöse Pluralisierung mittels einer Erweiterung des Spektrums von vor Ort zugänglichen religiösen Gemeinschaften angleichen (Luckmann 1991; Wohlrab-Sahr 1999; Pollack 2003). Und so ist es mit den Werthaltungen, die der Lebensführung zugrunde gelegt werden. Der Trend zum Abbau von Autoritarismus, blindem Gehorsam, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit und zur Pflege von Freiheit und Selbstverwirklichung, Chancengleichheit für alle, Toleranz und Offenheit gegenüber Fremden schleift die Eigentümlichkeiten von Nationen ab und macht sie auch in dieser Hinsicht weniger unterscheidbar (Ashford und Timms 1992; Barker, Halman und Vloet 1992; Ester und Halman 1994; Meulemann 1999). Das gilt für die große Mehrheit trotz der in der jüngeren Vergangenheit im Gefolge von erhöhter

Zuwanderung aufgetretenen fremdenfeindlichen Aktionen radikaler Gruppen. Es ist kaum noch möglich, Verhaltensmuster zu identifizieren, die für die kollektive Identität einer Nation charakteristisch sind, weil sich die Verhaltensmuster vervielfältigt haben, weil in jedem Land nahezu dieselbe Vielfalt an Verhaltensmustern zu beobachten ist und weil diese Vielfalt zugleich in standardisierter Form in jedem Land verbreitet ist. McDonald's gibt es eben überall in gleicher Qualität. McDonald's ist jedoch nur ein Beispiel unter vielen. Neben McDonald's stehen eine Vielzahl anderer *fast-food*-Ketten und eine Vielzahl anderer überall in standardisierter Form angebotener Esskulturen. Dieses Prinzip durchzieht das gesamte gesellschaftliche Leben. Es gibt dementsprechend immer weniger, was der Deutsche mit allen anderen Deutschen teilt und was ihn von Engländern, Franzosen, Schweden, Spaniern, Polen oder Italienern unterscheiden würde.

Diese innere Pluralisierung der Werthaltungen und Verhaltensmuster reicht tief in die Zivilgesellschaft hinein und äußert sich im Vereinigungsverhalten. Die großen Kirchen und Verbände mussten Platz für eine immens gewachsene Zahl kleinerer und kleinster Vereinigungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen machen. Das heißt auch, dass die großen Kirchen und Verbände weniger beanspruchen können, für die Nation in großen Teilen zu sprechen. Diese Schwierigkeit, die gewachsene Vielfalt zu repräsentieren, schlägt auch auf die Parteien und schließlich auf die Regierungen im Außenverkehr durch. Was soll das nationale Interesse sein, das eine Regierung bei supranationalen Verhandlungen vertreten soll, wenn die entsprechende Interessenbündelung immer schwieriger wird? Es gibt immer mehr kurzfristige Initiativen oder auch dauerhaftere Vereinigungen, die sich um ein Spezialproblem kümmern und die Fesseln des von der Zusammenarbeit zwischen Kirchen, Großverbänden und Staat geprägten Neokorporatismus sprengen. Gerade in diesem Feld der neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen ergeben sich im Vergleich zur ganz überwiegend national organisierten Arbeit der Kirchen und Großverbände neue Chancen der Öffnung über die nationalen Grenzen hinweg. Ein wachsender Teil der entsprechenden Aktivitäten fließt in der Tat in die Arbeit von internationalen Organisationen der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes und des Kampfes für Menschenrechte. Greenpeace und Amnesty International haben durch ihre Aktionen die größte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erreicht, sind aber nur zwei Beispiele einer Vielzahl solcher *international nongovernmental organizations* (INGOs) (Boli/Thomas 1999; Keck/Sikkink 1998; Risse/Ropp/Sikkink 1999).

Die Aktivisten dieser Organisationen sind die Pioniere des Aufbaus einer internationalen Zivilgesellschaft. Entscheidend ist, dass die Umstrukturierung der Nationen und der nationalen Zivilgesellschaften und das Entstehen einer internationalen Zivilgesellschaft zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Beide bedingen sich gegenseitig. Ohne den Abbau nationaler Identitäten und die Pluralisierung der nationalen Zivilgesellschaften wäre die Internationalisierung der Zivilgesellschaft nicht möglich, und letztere verstärkt wiederum den nationalen Pluralisierungsprozess. Innere Pluralisierung und äußere Verflechtung schaukeln sich gegenseitig auf. Was auf den ersten Blick als eine Entsolidarisierung innerhalb der Wohlfahrtsstaaten erscheint, zeigt sich auf den zweiten Blick auch als ein Prozess der Herausbildung transnationaler Solidaritäten (Bauböck 1994; Faist 2000; Vertovec 2009). Transnationale Integration und nationale Desintegration sind untrennbar miteinander verknüpft (Heitmeyer/Anhut 2000).

2. Annäherung der Personen durch ihre Individualisierung

Wie lassen sich die soweit entwickelten Überlegungen weiterführen, wenn wir uns jetzt gezielt der Frage der Annäherung der Personen durch die Europäisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zuwenden? Es fällt zunächst auf, dass der beschriebene Prozess der Ausdifferenzierung eines Raumes für die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation jenseits nationaler Grenzen an den Grenzen Europas nicht haltmacht. Er geht darüber hinaus und ist tendenziell global. Die innere Pluralisierung der Nationen öffnet die Menschen zwar für Europa, aber nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt. Die innere Pluralisierung der Nationen und die Individualisierung der Lebensverhältnisse bauen bisherige Schranken ab, erleichtern die innereuropäische Kooperation und schaffen Beziehungen über die Grenzen hinweg. Das gilt aber auch für die Kooperation über die Grenzen Europas hinaus. Die Frage ist dann, was die spezifisch europäische Kooperation und die daraus hervorgehende gemeinsame europäische Identität fördert. Das ist die Verdichtung der Netzwerke innerhalb des europäischen Raumes, die aus dem Binnenmarkt und seiner Regulierung durch die EU-Institutionen resultiert (siehe dazu schon Friedrich 1972; weiterhin Mazey/Richardson 1993; Pedler/van Schendelen 1994; Lahusen/Jauß 2001). Die Zahl innereuropäischer Beziehungen übersteigt deutlich die Zahl

außereuropäischer Beziehungen. Allerdings ist die Dichte dieser Beziehungen eingebettet in einen Komplex von Beziehungen, die einerseits über Europa hinausgehen, andererseits innerhalb nationaler und subnationaler Grenzen verharren. Es entsteht also ein Mehrebenenetzwerk zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, in dem die spezifisch europäischen Aktivitäten nur eine Ebene darstellen (König/Rieger/Schmitt 1996). Im Vergleich zu den nationalen Zivilgesellschaften auf dem Höhepunkt wohlfahrtsstaatlicher Integration mit ihrer hohen nationalen Verdichtung von Aktivitäten ist dementsprechend die europäische Zivilgesellschaft viel bescheidener ausgeprägt und wird auch niemals dieselbe Verdichtung erreichen können, weil sie immer nur eine Ebene im Mehrebenenetzwerk von der lokalen bis zur globalen Ebene einnehmen kann (Knodt/Finke 2005).

Europa kann nicht die äußere Abgrenzung und innere Homogenisierung mittels Zentralisierung, rechtlicher Vereinheitlichung und bürokratischer Durchdringung bewerkstelligen wie die Nationalstaaten. Während sich die Nationalstaaten nach einer Logik der politischen Integration entwickelten, folgt Europa einer Logik der wirtschaftlichen Integration, und diese Logik sprengt alle äußeren und inneren Fesseln. Sie erweitert den europäischen Binnenmarkt um den freien Weltmarkt und sperrt sich gegen eine Regulierung, die innere Differenzierung, Pluralisierung und Individualisierung unterbindet. Die Europäisierung der kollektiv geteilten Identität stellt deshalb die kollektiv geteilten nationalen Identitäten nicht einfach auf eine höhere Ebene, sie ist vielmehr nur ein Teil der globalen Ausdifferenzierung eines mehrschichtigen Arrangements kollektiver Identitäten, die das einzelne Individuum insgesamt unabhängiger machen und dessen Individualität und damit einhergehende Abstraktion des moralischen Bewusstseins stärken. Die Menschen werden in diesem Prozess nicht mit Haut und Haaren Europäer von der Qualität ihrer alten nationalen Identität, sondern autonome Individuen, die unterschiedliche Kollektivmitgliedschaften und damit verbundene Loyalitätserwartungen in zunehmendem Maße in einem abstrakten Rahmen zu relativieren und zu koordinieren verstehen. Die europäische Bürgerschaft ist nur ein Teil eines komplexen Gefüges von Bürgerschaften auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene (Meehan 1993; Soledad 1993; O'Leary 1996). Die vertikale Differenzierung in unterschiedliche Ebenen der Kollektivmitgliedschaft wird außerdem noch ergänzt durch die Pluralisierung von Mitgliedschaften auf horizontaler Ebene, etwa nach Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, Milieus, sowie spezifischen Idealen und Interessen. Dementsprechend

pluralisiert sich die Zivilgesellschaft. Das Ensemble von Kirchen und Großverbänden, das bislang die Szene beherrscht hat, sieht sich immer mehr ergänzt durch neue Vereinigungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen. Die Europäisierung der Zivilgesellschaft bedeutet deshalb nicht einfach nur die Herausbildung von europäischen Dachverbänden der vorhandenen nationalen Großverbände, sondern gerade auch die Forcierung neuer Vereinigungen, Initiativen und Selbsthilfegruppen im Rahmen des erweiterten Handlungsspielraumes (Zimmer/Priller 2004).

Das Entstehen europäisch vernetzter Initiativen trägt ein Stück zur inneren Pluralisierung der nationalen Zivilgesellschaften bei und lenkt die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft in die Bahnen des Pluralismus einer Vielzahl einzelner Initiativen. Eine besondere Bedeutung haben dabei die innereuropäischen Grenzregionen. Ein Beispiel bietet die Grenzregion von Elsass, Lothringen, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Hier, in einer Grenzregion, in der gerade zwischen den deutschen Bundesländern und den angrenzenden Regionen von den beiden Weltkriegen her noch besondere wechselseitige Vorbehalte bestehen, bilden sich in den grenzüberschreitenden gemeinsamen Projekten Verdichtungen einer europäischen Zivilgesellschaft. Europa wird also eine Zivilgesellschaft der vielen kleineren grenzüberschreitenden Projekte sein und insgesamt den Pluralismus der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen steigern. Dabei wird ein größeres Gewicht der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation zufallen, weil sich der gewachsene Pluralismus nicht wie in den Nationalstaaten in das Gehäuse eines zentral organisierten Nationskultes einsperren und auch nicht auf die Ebene eines europaweiten öffentlichen Diskurses heben lässt (Gerhards 1993, 2000). Weder das streng republikanische noch das deliberative Modell erscheinen für die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft angemessen. Gegen den Kult einer europäischen Nation spricht die Tatsache, dass Europa nur ein Teil eines zunehmend vielschichtigeren Arrangements kollektiver Identitäten ist. Alles, was man in dieser Richtung tun mag – Wahl eines europäischen Präsidenten, Stärkung des europäischen Parlaments, jährliche Ansprachen des Präsidenten zur Lage der »europäischen Nation«, ein europäischer Feiertag – wird nichts an der Tatsache ändern, dass sich die Menschen nicht exklusiv von der europäischen Kollektivmitgliedschaft vereinnahmen lassen werden, auf keinen Fall in einem Ausmaß, das uns von der Geschichte der europäischen Wohlfahrtsstaaten bekannt ist. Europa ist viel eher ein wesentlicher neuer Stützpfeiler

eines Kultes des Individuums (Durkheim 1973a, 1973b), der auf die Beseitigung jeglicher Formen der Diskriminierung ausgerichtet ist und in dieser Richtung die nationalen Rechtstraditionen unter Veränderungsdruck setzt, mit der Folge der Erweiterung individueller Handlungsspielräume in allen Lebensbereichen.

Bestehende Kollektivzwänge auf nationaler Ebene werden durch die Europäisierung der Rechtsprechung zurückgedrängt. Dieses Modell einer europäisch induzierten Stärkung der Rechte des Individuums und einer dadurch forcierten Pluralisierung der Zivilgesellschaft mit einer entsprechenden Verlagerung der Gewichte weg von der staatlichen und hin zur zivilgesellschaftlichen Produktion der Wohlfahrt durch Selbstorganisation könnte eher noch durch ein deliberatives Element des öffentlichen Diskurses als durch den Kult einer europäischen Nation ergänzt werden. Man könnte sagen, dass der Europäische Gerichtshof die Rolle der diskursiven Grundlegung der auf die Autonomie des Individuums abstellenden europäischen Rechtsordnung im Rahmen der vom europäischen Vertragswerk vorgesehenen Binnenmarktphilosophie ausübt (Dehousse 1998). Er führt stellvertretend einen Diskurs über eine auf der Autonomie des Individuums aufbauenden Rechtsordnung, dies allerdings bislang noch in einer von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommenen Expertenrunde. Eine Europäisierung der Öffentlichkeit könnte auch nicht direkt auf die Arbeit des EuGH Bezug nehmen, sondern allenfalls einen Hintergrund bilden, vor dem erst die Rechtssetzungsprozesse in der Europäischen Kommission, im Europäischen Ministerrat und im Europäischen Parlament stattfinden könnten. Gegen die Möglichkeit einer solchen repräsentativen europäischen Meinungsbildung spricht wieder die unausweichlich bleibende Vielschichtigkeit der kollektiven Identitäten, der eine Vielschichtigkeit der Arenen öffentlicher Deliberation korrespondiert. Auch die zunehmende Herausbildung von Plattformen der europäischen Deliberation wird nichts daran ändern, dass diese Plattformen horizontal nach *issues* differenziert sein werden und in vertikaler Hinsicht nur eine unter mehreren Ebenen darstellen werden. Dem Pluralismus der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation werden der Pluralismus und die Vielschichtigkeit von Arenen der öffentlichen Deliberation entsprechen (Eder/Hellmann/Trenz 1998; Eder/Kantner 2000).

Es spricht vieles dafür, dass weder das republikanische noch das deliberative Modell der Kompensation des zivilgesellschaftlichen Partikularismus für die Strukturierung der europäischen Zivilgesellschaft geeignet sind. Das

verhindert allerdings nicht, dass das Verhältnis der Europäischen Kommission zu den zivilgesellschaftlichen Vereinigungen in der Vergangenheit mit der Methode der sektoralen Konzertierung am ehesten dem französischen Modell der gezielten Zusammenarbeit mit privilegierten europäischen und nationalen Verbänden gefolgt ist. Die im Vergleich zur französischen Administration viel geringeren Ressourcen an eigener Expertise in den Abteilungen der Kommission hat dabei die an der sektoralen Konzertierung mitwirkenden Verbände in eine noch bessere Position als auf der nationalen Ebene gebracht. Die Kommission ist mangels eigener Ressourcen in erheblichem Maße auf das Wissen der Verbände angewiesen und damit von ihrer Mitarbeit abhängig. Die Verbände haben dadurch besonders gute direkte Einflussmöglichkeiten, ohne sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen, zumal es nur eine gering ausgeprägte Kontrolle durch das Europäische Parlament und durch einen europäischen öffentlichen Diskurs gibt (Mazey/Richardson 1993; Pedler/van Schendelen 1994; Lahusen/Jauß 2001). Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Kommission im Frühjahr 1999 ins Zwielficht der Korruption geraten ist und nach vergeblichen Versuchen der Abwiegelung zurücktreten musste. Insbesondere die Vergabe von Fördermitteln erfolgte in Gestalt der Privilegierung von Projekten, deren Initiatoren einen besonders guten persönlichen Draht zu den Kommissariaten hatten. Man kann hier die krassen Auswüchse eines Systems erkennen, in dem der zivilgesellschaftliche Partikularismus ohne Filter einer Rechtfertigung im öffentlichen Raum direkten Zugang zu den Schaltstellen der Macht hat. Hier rächen sich die mangelnde Kontrolle der europäischen Verwaltung durch das Parlament und der mangelnde Zwang zur öffentlichen Rechtfertigung von Verfahren der Mittelzuwendung. Inzwischen hat die Kommission die Transparenz und Öffnung ihrer Entscheidungsprozesse für ein größeres Spektrum von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Initiativen zum Programm erklärt. Was insbesondere erforderlich wäre, ist ein Verständnis der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation und der Beteiligung an politischen und administrativen Verfahren als öffentliche Angelegenheit, für die es einer entsprechenden breiten Öffnung für Vereinigungen und Initiativen und der Einrichtung von Plattformen des öffentlichen Diskurses bedarf. Damit würde man sich von dem französischen Modell der sektoralen Konzertierung in der direkten Zusammenarbeit der Kommission mit privilegierten Verbänden, Vereinigungen und einzelnen Projekten entfernen und sich ein Stück weit einem mit deliberativen Elementen durchsetzten liberal-pluralistischen Modell nä-

hern. Das Modell der sektoralen Konzertierung ohne Kult einer europäischen Nation steigert die staatliche Privilegierung partikularer Interessen noch über das in Frankreich zu beobachtende Ausmaß hinaus. Sie ist die reale Basis des seit der Debatte über den Maastrichter Vertrag von 1991 zum Problem erhobenen Misstrauens gegenüber einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel. In der Rede vom »demokratischen Defizit« der Europäischen Union geht es im Kern um die geringe öffentliche Kontrolle der Verflechtung zwischen zivilgesellschaftlichem Partikularismus und administrativer Macht (Lepsius 1991; Bach 1999; Neunreither/Wiener 2000).

Da aber die Gestaltung des Binnenmarktes mit seiner Ausstrahlung in alle Lebensbereiche hinein eine parallele Ausdifferenzierung einer europäischen Zivilgesellschaft verlangt, ist die Rückverlagerung der zivilgesellschaftlichen Integration und ihrer Einbeziehung in politische und administrative Entscheidungsverfahren auf die nationale Ebene kein gangbarer Weg. Eine dem Nationalstaat nachgebildete Verknüpfung von europäischer Zivilgesellschaft und europäischer Repräsentativdemokratie, die der neokorporatistischen Zusammenarbeit von Verbänden und Staat die zentrale öffentliche Meinungsbildung und parlamentarische Willensbildung zur Begrenzung des Partikularismus mittels öffentlichem Rechtfertigungszwang entgegengesetzt, ist unter den Bedingungen der Vielschichtigkeit und Pluralität kollektiver Identitäten aber nicht möglich. Realisierbar ist deshalb nur ein Modell, das die Vielschichtigkeit und Pluralität der Zivilgesellschaft und der Identitäten positiv aufnimmt und durch eine parallele Vielschichtigkeit und Pluralität von grundsätzlich offenen und transparenten politischen und administrativen Entscheidungsverfahren und Arenen des öffentlichen Diskurses, das heißt von entsprechenden »Teilöffentlichkeiten«, ergänzt. In diesem Sinne würde das französisch geprägte europäische Modell der sektoralen Konzertierung durch Elemente des liberal-pluralistischen Modells unter Einbeziehung deliberativer Verfahren erweitert. Angesichts der bestehenden Verwurzelung des Modells der sektoralen Konzertierung kann es sich dabei allerdings nur um eine pfadabhängige Erweiterung, nicht um einen radikalen Wandel hin zur amerikanischen Realität des Pluralismus handeln. Die Pluralisierung der Mitgliedschaften und die Individualisierung der Lebensverhältnisse drängen zudem in die Richtung eines Rückzugs der staatlichen Wohlfahrtsproduktion zugunsten der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation, dies allerdings wiederum pfadabhängig als Verlagerung der Gewichte und nicht als radikaler Paradigmenwechsel.